

ÄTHIOPIEN

Ärger mit dem Wahlbetrüger

Zwischen der Europäischen Union und Regierungschef Meles Zenawi vertiefen sich die Gräben. In einem 36-seitigen Brief an die Staatszeitung „Ethiopian Herald“ beschimpfte Äthiopiens Premier die EU-Wahlbeobachterin Ana Gomes als „selbsternannte koloniale Vizekönigin“ – weil sie einen Bericht verfasst habe, der „einen Haufen Lügen“ enthalte. Mit dieser Attacke reagiert der Regierungschef auf die Kritik an den Wahlen vom Mai.

Nach monatelangen Querelen um die Stimmenauszählung hatte sich die Regierung von Zenawi zum Sieger erklärt und die absolute Mehrheit im Parlament beansprucht. Nur kamen die europäischen Beobachter zu dem Schluss, „in mehreren wichtigen Punkten sind internationale Standards für echte demokratische Wahlen nicht erfüllt worden“. Nach dem Wahltag war bekannt geworden, dass die Opposition sämtliche Wahlkreise in der

Hauptstadt Addis Abeba gewonnen hat – die Regierung versuchte daraufhin, die weitere Auszählung zu verschleppen. Als dann auch noch Klagen über Wahlbetrug laut wurden, kam es zu Massenprotesten, bei denen über 40 Menschen von äthiopischen Sicherheitskräften ermordet und 3000 festgenommen wurden. Zeugen der Oppositionsparteien, die Wahlmanipulationen beobachtet hatten, wurden eingeschüchtert, ein Zeuge wurde getötet, so der EU-Bericht.

Zenawi weist nicht nur die Schuld für die Verbrechen von sich – er schiebt die Verantwortung für das Massaker gar den europäischen Beobachtern in die Schuhe: Wären nicht EU-Informationen über die Mogeleyen der Regierung an die Öffentlichkeit gelangt, hätte das Blutbad womöglich verhindert werden können. Zudem kündigte er an, die Europäer „sollten sich nicht wundern, wenn sich Äthiopien nicht bevormunden lassen“



Polizeigewalt gegen Demonstranten

wolle. Wie Regierungschef Zenawi ohne sie auskommen will, bleibt unklar. Die Länder der Europäischen Union bestreiten gemeinsam mit den Vereinigten Staaten immerhin über 20 Prozent des äthiopischen Staatshaushalts.

MALAYSIA

Teure Rache

Er habe nur die überwiegend muslimische Nation davor bewahren wollen, mit Anwar Ibrahim von einem „homosexuellen Premier“ geführt zu werden. Dieser Satz könnte den malaysischen Ex-Regierungschef Mahathir Mohamad, 79, jetzt teuer zu stehen kommen. Anwar, 58, kündigte an, er werde seinen früheren Mentor auf 100

Millionen Ringgit (etwa 22 Millionen Euro) verklagen. Mahathir hatte in einem skrupellosen Machtkampf 1998 Anwar wegen angeblicher Korruption und „Sodomie“ ins Gefängnis werfen lassen. Die Chancen auf finanzielle Entschädigung für das erlittene Unrecht stehen gut. Denn seit der gemäßigte Muslim im vergangenen Jahr nach sechs Jahren Haft auf freien Fuß gesetzt wurde, ist er aus fast jeder Schlacht gegen das malaysische Establishment als Sieger hervorgegangen. Erst wurde seine

Verurteilung wegen Homosexualität, die in dem südostasiatischen Land strafbar ist, aufgehoben. Danach musste dem Ex-Politiker aus dem Nachlass des inzwischen verstorbenen Autors Khalid Jafri knapp eine Million Euro wegen Rufschädigung gezahlt werden. Jafris Pamphlet „50 Gründe, warum Anwar nicht Premier werden darf“ hatte Mahathir 1998 erst die publizistische Munition für die Angriffe gegen seinen Vize geliefert. Der Polit-Rentner ließ vergangene Woche wissen, er fürchte die Klage seines einstigen Zöglings nicht. Das könnte sich jedoch schnell ändern. Denn Anwar schließt mittlerweile nicht mehr aus, dass er bald wieder in die Politik zurückkehren werde.



Anwar mit Ehefrau und Töchtern



Stadtansicht mit Dom

KALININGRAD/KÖNIGSBERG

Putins neuer Besen

Mit einem handstreichartigen Unternehmen hat Präsident Wladimir Putin die Führung in Russlands Ostsee-Exklave ausgetauscht. Obwohl der bisherige Gouverneur, Admiral a.D. Wladimir Jegorow, 66, noch zwei Monate zu amtiert hatte, drückte Moskau mit Hilfe des Gebietsparlaments einen neuen Mann für den Chefsessel durch: Georgij Boos, 42, Mitglied der Kremlpartei Einiges Russland und bisher stellvertretender Vorsitzender der Staatsduma. Zusätzlich durch öffentliche Korruptionsanschuldigungen entnervt, trat Jegorow vorige Woche zurück. Parteigenossen feiern Nachfolger Boos als „einen der besten Manager Russlands“; in Wirklichkeit aber geht es Putin